

BESCHLUSS DES FRAKTIONSVORSTANDES VOM 5.9.2018

» GRÜNE UMWELTPOLITIK MUSS RADIKAL SEIN

.... WEIL SIE REALISTISCH IST

Die Umweltprobleme werden immer drängender – weltweit und bei uns in Deutschland. Je länger die Bundesregierung wichtige Maßnahmen vor sich her schiebt, desto drastischer werden die notwendigen Eingriffe. Wir sind die Generation, in deren Lebenszeit sich entscheidet – in der wir entscheiden – ob wir rechtzeitig aus Kohle und Massentierhaltung aus- und auf 100 Prozent erneuerbare Energie und emissionsfreie Autos umsteigen. Ob wir Plastikmüll und Pestizide weiter produzieren oder entschlossen bekämpfen. Die notwendigen Maßnahmen sind radikal, vor allem, da wir sie alle gleichzeitig und entschlossen angehen müssen. Aber die Realität der Klimakrise und des Artenverlustes wird noch viel radikaler, wenn wir nicht handeln.

Die globalen Umweltkrisen – insbesondere die Zuspitzung der Klimakrise und das ungebremsste Artensterben – sind mittlerweile so bedrohlich für das künftige (Über-)Leben der Menschen, dass es jetzt nicht mehr reicht, die eine oder andere Umweltmaßnahme zu beginnen. Das gesamte Register an notwendigen Maßnahmen muss gezogen werden – jetzt sofort und gleichzeitig in allen Bereichen.

Für uns muss ökologische Politik immer auch soziale Politik sein. Es geht darum, heute den notwendigen Strukturwandel für den ökologischen Umbau anzugehen. Wir brauchen sozial- und strukturpolitische Maßnahmen, die den von Arbeitslosigkeit bedrohten Beschäftigten und den betroffenen Regionen helfen. Es sind die Ärmsten, die unseren Wohlstand mit den unmenschlichsten, ungesündesten Arbeitsbedingungen bezahlen – hier und in der ganzen Welt. Wir schnüren dagegen ein Paket, um bei der notwendigen ökologischen Transformation Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sowie die betroffenen Menschen und Regionen fit für die Zukunft zu machen.

Die Klimafrage brennt: immer heftigere Stürme, Starkregen und Überschwemmungen da, Hitze und Dürreperioden dort. Die Landwirtschaft ist in vielen Regionen der Welt bedroht und damit die Ernährung von Milliarden Menschen. Riesige Waldbrände breiten sich aus. Und was besonders beängstigend ist: Die Klimakrise wird nicht etwa nach und nach eingedämmt, sie verschärft und beschleunigt sich noch. Selbst nüchterne Wissenschaftler sprechen von einer kommenden Heißzeit und fordern eine „Revolution“ in der Klimapolitik. Wenn beispielsweise der globale Trend zur Verstädterung und der damit einher gehende Bauboom so weiter gehen, werden alle CO₂-Äquivalente, die wir überhaupt noch freisetzen dürfen um das 2 Grad Ziel nicht zu reißen, bis 2050 komplett aus der Betonproduktion stammen – ganz ohne Energie-, Verkehrs- und Landwirtschaftssektor. Allein dieses Beispiel zeigt, wie umfassend sich ganze Wirtschaftsbereiche transformieren müssen.

Zugleich ist die Artenvielfalt auf der Erde so bedroht wie nie zuvor. Täglich rottet der Mensch Dutzende von Arten aus – im artenreichen Regenwald und in der unerforschten Tiefsee sogar, viele noch bevor er sie überhaupt kennengelernt hat. Auch bei uns in Deutschland sind fast ein Drittel aller Tier- und Pflanzenarten bedroht. Es summt und zwitschert immer weniger auf Feld und Flur. Allerweltsarten unsere Kindheit wie die Spatzen sind vielerorts bereits Raritäten.

Bereits heute werden laut Expert*innen viele Millionen von Menschen jährlich aus klimabedingten Gründen und infolge von Naturkatastrophen vertrieben. Ganze Staaten drohen, infolge des Meeresspiegelanstiegs bald zu verschwinden. Derzeit sieht die aktuelle internationale Rechtslage weder Schutzstatus noch systematische Abläufe im Umgang mit klimabedingter Flucht und Migration vor – eine Lücke, die wir bald schließen müssen.

Und es verknüpfen sich die beiden Krisen: Durch den Klimawandel erwärmen sich die Weltmeere und verlieren ihre Pufferfunktion für das Weltklima, die empfindlichen Korallenriffe sterben ab.

Aber auch die klassische Umweltverschmutzung von Wasser, Boden, Luft, von der wir in Deutschland in den letzten dreißig Jahren dachten, wir hätten sie in den Griff bekommen, kehrt zurück. Schlechte Luft in den Städten, Nitrat im Grundwasser, antibiotikaresistente Bakterien in den Badeseen, Mikroplastik überall. In den Weltmeeren schwimmen Plastikteppiche von unvorstellbarer Größe.

WEITER SO IST KEINE LÖSUNG

All diese Probleme sind vom Menschen gemacht. Unsere Art zu wirtschaften, zu produzieren, zu konsumieren trägt dazu bei, dass die Lebensgrundlagen für die kommenden Generationen, dass bereits heute die Lebensgrundlagen zahlreicher Menschen insbesondere in Entwicklungs- und Schwellenländern zerstört werden. Ein Weiter so ist keine Lösung sondern verschärft die Probleme. Entscheidend sind die nächsten Jahre. Wenn jetzt keine entschiedenen Gegenmaßnahmen gegen die Klimakrise ergriffen werden, geraten die Folgen vollends außer Kontrolle, so genannte Kipppunkte werden überschritten. Wenn jetzt das Artensterben nicht gestoppt wird, werden immer mehr Ökosysteme unwiderruflich geschädigt. Wenn jetzt die Plastikvermüllung nicht eingedämmt wird, schwimmen bald mehr Plastikbestandteile im Meer als Fische.

Hier ist überall die Politik gefragt Lösungen zu finden. Doch was passiert? Nicht nur im Weißen Haus, sondern auch im Bundestag sitzen jetzt Klimaskeptiker, die die Probleme leugnen anstatt sie anzugehen. Umwelt- und Artenschutz werden von den meisten Regierungen immer noch als ideologische Wachstums- und Arbeitsplatzkiller verunglimpft. Ökonomie und Ökologie werden bewusst und wider besseren Wissen gegeneinander ausgespielt, anstatt die Chancen einer ökologischen Transformation zu begreifen und endlich zu sehen, dass nur eine ökologische Politik sozial gerecht ist und Wohlstand erzeugt. In Deutschland ist die Energiewende ins Stocken gekommen, dreckige Kohlekraft läuft ungebremst weiter und die Bundesregierung hält ihre schützende Hand nicht etwa über ihre BürgerInnen sondern über die Automobilindustrie, die so weiterhin ungebremst CO₂ und Stickoxide in die Luft pusten darf.

Müssen wir jetzt verzweifeln? Nein müssen wir nicht! Denn es gibt auch überall wichtige, richtige Initiativen, Menschen, die zum Teil unter Lebensgefahr Umwelt und Natur Stück für Stück retten, unsere Welt besser und Hoffnung für die Zukunft machen. Die Weltgemeinschaft hat nach über zwanzig Jahren Verhandlungen in Paris einen verbindlichen Klimaschutzvertrag vereinbart. Mit der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung hat sie sich über alle Unterschiede und Meinungsverschiedenheiten hinweg eine politische Charta gegeben, deren Reformansatz zunächst vor der jeweils eigenen Haustür beginnt – mit dem Ziel, dass unser Handeln und Wirtschaften nicht länger zu Ungleichheit, Ausbeutung und Perspektivlosigkeit insbesondere in den Ländern des globalen Südens beitragen. Wichtige Länder wie Kalifornien, immerhin die fünftgrößte Volkswirtschaft der Welt, machen sich auf den Weg des Energiesparens und des Komplettumbaus auf erneuerbare Energien und Elektromobilität. Auch in Europa gibt es erste richtige Schritte: Schweden verbietet Mikroplastik aus Kosmetika, die EU Plastikhalme und Einweggeschirr. Die Landesregierung Berlin hat sich aufgemacht, die Hauptstadt fahrradfreundlich zu machen.

Überall auf der Welt gibt es Initiativen aus Zivilgesellschaft und Wirtschaft, die die Probleme angehen und Modelle für eine bessere Zukunft entwerfen. Die den Regenwald retten, Wasser, Boden und Luft schützen. Der Ökolandbau boomt. Der Handel verbietet Plastiktüten. Es gibt reihenweise Vorschläge,

wie wir das Plastik wieder aus dem Meer bekommen. Überall sprießen Start-Ups mit pffiffigen (Öko-)Ideen aus dem Boden. Überall machen sich Menschen auf, ihre Städte lebenswerter, menschen- statt autofreundlicher zu machen. Die deutschen Umweltverbände haben ein Allzeit-Mitgliederhoch. Wir Grüne selbst haben vor zwanzig Jahren mit scheinbar kleinen Maßnahmen wie dem 100.000 Dächer Programm und dem Erneuerbaren Energien Gesetz einen weltweiten Boom von Wind- und Solarenergie mit angestoßen.

MUT BESIEGT ANGST

Die Regierungen Merkel hatten und haben Angst, den Menschen die Wahrheit über das Ausmaß der globalen Umweltkrise zu sagen, in die wir hineinsteuern. Wie im übrigen bereits Helmut Kohl nach der Wende Angst davor hatte, den Deutschen die wahren – unbedingt notwendigen – Kosten der deutschen Einheit zu nennen. Sie haben Angst, den WählerInnen notwendige Veränderungen zuzumuten – obwohl mittlerweile alle wissen, dass es Veränderungen geben muss und wird. Und sie haben Angst ihre Lobbys zu verprellen, die in CDU/CSU, SPD und FDP mächtigen Einfluss haben. Deshalb wird nichts gegen die Vergällung unseres Wassers durch die industrielle Massentierhaltung getan. Deshalb werden den Autokonzernen skandalöse Rechtsbrüche bei den Abgaswerten und skandalös hohe CO₂-Ausstöße zugestanden. Deshalb stockt die Bürgerenergiebewegung von unten. Die Angst der herrschenden Politik führt hier zu einem – letztlich lebensgefährlichen – Stillstand.

Wir Grüne sind der festen Überzeugung, dass wir den Menschen die Wahrheit zumuten müssen und auch können. Dafür muss man ihre Sorgen ernst nehmen, diskutieren, argumentieren und gemeinsam Lösungen finden. Notwendige Zumutungen zuzumuten und ehrlich zu sagen, was getan werden muss, stärkt die Demokratie, sie zu verschweigen schwächt dagegen die Zuversicht in demokratische Verfahren. Denn die Gesellschaft ist in großen Teilen schon viel weiter als die meisten Parteien. Die Menschen wissen längst, dass ein „Weiter so“ des ungebremsten Wachstums auf Kosten der Umwelt nicht funktionieren kann. Sie wissen, dass sich was ändern muss, damit Lebensgrundlagen, Arbeitsplätze und Lebensstandard erhalten werden, damit wir unseren Kindern eine lebenswerte Welt hinterlassen. Die aktuelle Studie des Bundesamts für Naturschutz „Naturbewusstsein 2017“ zeigt, dass die übergroße Mehrheit der Deutschen erkennt, wie wichtig eine intakte Natur für unser (Über-)Leben ist. Und dass sie auch bereit sind, etwas dafür zu tun, Natur und Umwelt zu erhalten. Im Übrigen ist eine intakte Natur auch wesentlicher Bestandteil dessen, was wir alle als Heimat empfinden.

Die großen ökologischen Herausforderungen erfordern grundlegende Antworten. Aus dieser Erkenntnis schöpfen wir den Mut, gemeinsam mit der Zivilgesellschaft, den veränderungswilligen Teilen der Wirtschaft und vielen Millionen Einzelpersonen Lösungen zu erarbeiten, in den gesellschaftlichen Diskurs einzubringen und letztlich umzusetzen. Lösungen, die sich radikal von der zaghaften Politik der Bundesregierung unterscheiden, weil die Realität es von uns einfordert.

RADIKALE UMWELTPOLITIK

Wenn wir Wahrheiten offen aussprechen, wenn globale Gefahren offensichtlich sind, muss Politik die Konsequenzen ziehen. Für uns Grüne im Bundestag heißt das: Wir verpflichten uns einer Umweltpolitik, die sich radikal an den realen Erfordernissen orientiert.

Aber: Was bedeutet das konkret? Für uns Grüne heißt das, weiter ungeschminkt die drängenden Umweltprobleme anzusprechen – immer und überall. Und deutlich zu machen, dass die mangelhafte Umweltpolitik der Bundesregierung nicht annähernd ausreicht, diese Probleme zu beheben.

Geht das überhaupt, ohne die Mehrheit der Menschen zu verprellen? Wir wissen aus Erfahrung, dass man dabei viel falsch, aber auch viel richtig machen kann. Wir wissen auch, dass wir die richtigen Fragen stellen müssen, auch wenn wir nicht auf alles schon eine Antwort haben. Und wir wissen, dass es darauf ankommt Win-win-Situationen zu schaffen, Bündnispartner zu suchen, alle Betroffenen

mitzunehmen und Alternativen gerade auch für diejenigen zu finden, die mit der Globalisierung absolut oder relativ an Wohlstand und sozialer Sicherheit eingebüßt haben.

Für uns Grüne im Bundestag heißt das:

1. Gesellschaftliche Umbrüche mit den Menschen organisieren
Veränderungen brauchen BündnispartnerInnen. Wie es gehen kann, haben wir bei der Bürgerenergie gesehen, die binnen weniger Jahre den gesamten oligopolistischen Strommarkt komplett umgekrempelt hat.

Wir sind weit davon entfernt, den Arbeitern in der Braunkohle von heute auf morgen ihre Jobs wegnehmen zu wollen. Aber die Betroffenen haben Ehrlichkeit und wirkliche Hilfe verdient, keine Durchhalteparolen oder zu langes Festhalten an Überkommenem. Wer wie Donald Trump den Kohlekumpeln verspricht, alles würde wieder so wie früher, ist nicht ihr Freund, sondern ihr Feind.

Die ökologische Transformation der Wirtschaft braucht alte und neue Bündnispartner. Dazu gehören für uns nicht nur die über 5 Millionen Mitglieder der Umweltverbände, sondern gerade auch die Gewerkschaften, die innovative Wirtschaft, Forschung und Wissenschaft. Sie wollen wir verstärkt ansprechen. Denn nur ein Bündnis aus vielen gesellschaftlichen Kräften hat eine Chance auf Realisierung guter ökologischer Lösungen. Und die ökologische Transformation wird nur gelingen, wenn sie auch sozial ist.

2. Soziale Frage angehen, auch im Ökobereich
Ökologische Politik ist in vielen Bereichen bereits auch soziale Politik, schließlich leben an den lautesten Straßen, in der dreckigsten Luft, an den verschmutztesten Flüssen in aller Regel die Ärmsten. Und sie sind es auch, die unseren Wohlstand mit den unmenschlichsten, ungesündesten Arbeitsbedingungen bezahlen – hier und in der ganzen Welt.

Wir brauchen sozialpolitische Maßnahmen, die den von Arbeitslosigkeit bedrohten Beschäftigten und den betroffenen Regionen helfen. Um Beschäftigten frühzeitig Angebote zu machen, noch bevor es zur Arbeitslosigkeit kommt, braucht es zum Beispiel die Weiterentwicklung der Arbeitslosenversicherung zu einer Arbeitsversicherung. Eine solche Versicherung für Arbeit beinhaltet Qualifizierung, Weiterbildungen und Umschulungsangebote. Betroffene Regionen brauchen Unterstützung durch gezielte Maßnahmen, wie die Ansiedlung von Firmen aus Zukunftsbranchen und Bildungseinrichtungen. So schnüren wir ein Paket, um bei der notwendigen ökologischen Transformation Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sowie die betroffenen Regionen fit für die Zukunft zu machen.

Aber brennende soziale Fragen mit den ökologischen Herausforderungen zu verknüpfen ist alles andere als banal. Was bedeutet die weltweit wachsende Schere zwischen Arm und Reich für die Umsetzung ökologischer Ziele? Wie muss die (Umwelt-)Politik darauf reagieren, dass nur wenige Dutzend Superreiche über die Hälfte der weltweiten Ressourcen verfügen und bestimmen? Wie nehmen wir alle bei der notwendigen Reise in eine ökologische-sozial transformierte Gesellschaft der Zukunft mit? Und vor allem: Wie schaffen wir mehr Gerechtigkeit in einer Welt, in der über 800 Millionen Menschen hungern und zugleich über 1 Milliarde überernährt sind? Wie kommen wir zu einer Welt, in der die Menschen in ihrer Heimat dauerhaft leben und arbeiten können und nicht vertrieben werden und auswandern (müssen)?

Alles Fragen, auf die wir bisher allenfalls Teilantworten haben. Aber wir werden nicht ruhen, daran entschlossen weiter zu arbeiten. Denn die Kluft zwischen immer höheren materiellen Ansprüchen und den schwindenden Ressourcen unserer Welt schreit nach neuen Konzepten. Und die Antwort kann nicht heißen wie bei den menschenverachtenden Rechtspopulisten: Wir im reichen Norden wollen gut leben, soll der Rest der Menschheit doch darben.

Beim Wohnen zum Beispiel haben wir bereits gute ökologisch und soziale vorteilhafte Konzepte erarbeitet, wie man zugleich mehr Klimaschutz, mehr bezahlbaren Wohnraum und faire Mieten erreichen kann. Mit Programmen für günstige Mietwohnungen und mietneutraler Wärmesanie rung. Mit einem gerechten Mietrecht und einer neuen Wohngemeinnützigkeit. Dafür suchen wir jetzt im breiten Dialog gesellschaftliche und politische Mehrheiten.

Auch weiterhin werden wir offensiv die drängenden ökologisch-sozialen Fragen aufgreifen, egal wie unpopulär sie scheinen und auch, wenn es Widerstand gibt.

3. Innovationen entschlossen fördern

Die herrschende Politik verausgabt ihre Ressourcen in der Bewahrung des Alten: Milliarden schwere Subventionen für die industrielle Landwirtschaft, Schutz der Industrie vor anspruchsvollen Grenzwerten, selbst die Forschungsförderung läuft immer weiter in den gewohnten Bahnen.

Wie hinderlich diese Politik des Stillstands ist, hat der Umbau des Ruhrgebiets von einer Steinkohleregion in eine moderne Wirtschaftsregion gezeigt. Jahrzehntlang sind zig Milliarden D-Mark und Euro immer weiter in den Erhalt einer Steinkohlewirtschaft gesteckt worden, deren Ende schon lange absehbar war. Es wurden sogar noch junge Menschen in Kohleberufen ausgebildet. Eine verantwortliche Politik hätte diese gewaltigen Ressourcen frühzeitig in das Neue investiert: neue Wirtschaftszweige, Dienstleistungen, Ausbildungswege, bessere Infrastruktur, Lebensqualität, Kultur, Natur. So wäre der Umbruch wesentlich schneller und mit weniger sozialen Brüchen gelungen.

Deutschland braucht eine mutige Politik, die entschlossen Neues fördert: der beschleunigte Ausbau der erneuerbaren Energien, Elektromobilität, eine natur- und umweltfreundliche Landwirtschaft, Produktion langlebiger Güter ohne Schadstoffe. Das alles schafft win-win-Situationen für Mensch, Umwelt und Wirtschaft – wenn die richtigen politischen Rahmenbedingungen geschaffen werden. Das ist unser Ziel.

Am wichtigsten ist dabei, dass eine umweltfreundliche Produktion nicht länger benachteiligt wird, weil die Umweltverschmutzer die Kosten ihres Tuns zu Gunsten ihres eigenen Profits vergesellschaften können, wie es heute in der Regel immer noch der Fall ist. Deshalb gehören alle umweltschädlichen Subventionen und Sonderregelungen konsequent abgeschafft, stattdessen wollen wir neuen, umweltfreundlichen Wirtschaftsweisen Starthilfen geben.

4. Neues aus Bewährtem entwickeln

Selbstverständlich können wir nicht die ganze Welt neu erfinden und gewachsene Entwicklungen ignorieren. Das wollen wir auch gar nicht. Im Gegenteil werden wir Konzepte entwickeln, die auf Bewährtem aufbauen. Aber bei allen Bezügen auf Erfahrungen und das Bestehende: Die aktuellen ökologischen Bedrohungen verlangen, dass wir groß Denken und uns nicht nur an Vertrautes klammern.

Wir wollen beispielsweise von den Kleinbauern lernen, die nach wie vor den größten Teil der Welt ernähren. In der Weiterentwicklung angepasster, umweltfreundlicher Wirtschaftsweisen unter Integration moderner, bezahlbarer Technik liegt die Zukunft, nicht in der industriellen Landwirtschaft mit teurer (Gen-)Technik und Pestiziden.

Auch im Verkehr müssen wir auf der bestehenden Infrastruktur, auf dem know how der Verkehrswirtschaft und derjenigen, die dort arbeiten, aufbauen. Aber die notwendige Verkehrswende, die zugleich ein mehr an Klima- und Umweltschutz sowie an Lebensqualität und neuen wirtschaftlichen Chancen hervorbringt, ist viel mehr als nur der Ersatz von fossilen Motoren durch Elektromotoren – so dringend nötig dieser auch ist. Die Mobilität der Zukunft ruht auf den Säulen Freiräume für muskelbetriebenen Verkehr (zu Fuß gehen und Fahrrad), Ausbau eines verlässlichen öffentlichen Verkehrs und umfassend umweltverträglicher Umbau

des Individualverkehrs. Nur so entstehen lebenswerte Städte und angebundene Ländliche Räume, nur so ist Mobilität menschen- und zukunftstauglich.

Wir Grüne im Bundestag sehen einen klaren Auftrag. Gerade heute, wo PopulistInnen die Angst vor allem Neuen schüren und zugleich die Umweltgefahren negieren, gerade heute wo vielerlei Formelkompromisse großer und anderer Koalitionen wirklichen Fortschritt in der Sache häufig verhindern, gilt: Stillstand ist Rückschritt. Wir arbeiten für eine ökologisch-soziale Gesellschaft, für ein ökologisches Wirtschaften, das unsere Lebensgrundlagen und den kommenden Generationen die Welt erhält.

UMWELTPOLITIK RADIKAL REALISTISCH KONKRET

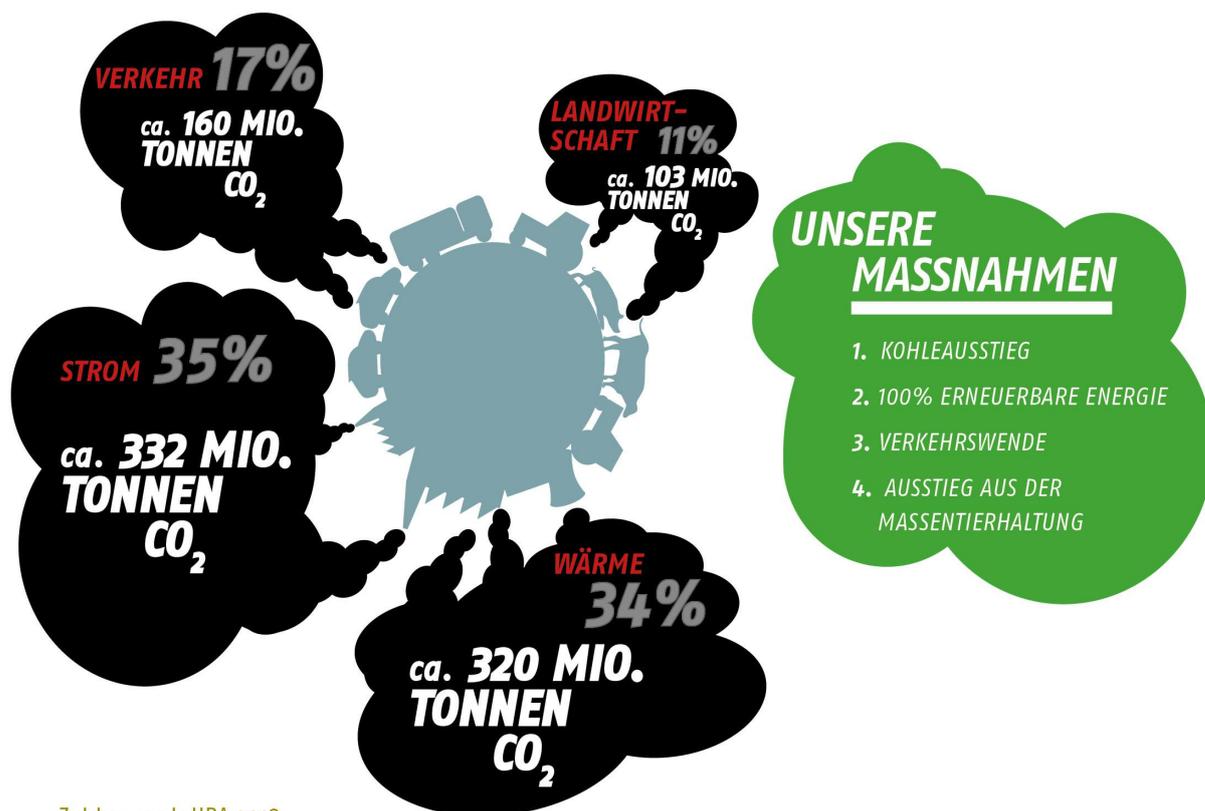
Wie nun können wir die Klimakrise und Artensterben noch abwenden? Wie unseren Nachkommen eine lebenswerte Welt hinterlassen?

Auf jeden Fall nicht mehr mit rumdoktern an einzelnen Symptomen und ein bisschen Umweltkosmetik hier und Rücksichtnahme auf die unbeweglichsten Ewiggestrigen dort. Jetzt muss das ganze Register an konsequenten Umweltmaßnahmen gezogen werden. Und es muss unbedingt mit allen Maßnahmen sofort begonnen werden, was wir jetzt tun wirkt x-fach mehr, als alles mit dem wir erst in 10 oder 20 Jahren beginnen.

So kann die notwendige Wende noch gelingen

Was dringend nötig ist – die wichtigsten Ziele und ausgewählte Maßnahmen:

KLIMASCHUTZ



Zahlen nach UBA 2018.
Die Zahlen der Grafik beziehen sich auf 2016.

Klimaschutz ins Grundgesetz

Die verbindliche Umsetzung der international vereinbarten Ziele des Paris-Abkommens zur Reduktion der Klimagase gehört als Handlungsverpflichtung ins Grundgesetz. So wird Klimaschutz zur verbindlichen Maßgabe für zukünftige Politik.

Ökologische Finanzreform auf den Weg bringen

Die Wirtschaft darf ihre Umweltschäden ab spätestens 2030 nicht mehr auf die Gesellschaft abwälzen.

Das gelingt durch:

- » Die Einführung eines CO₂ Preises auf Energieverbrauch:
 - » Im Emissionshandelsbereich: durch Streichung der Steuerbefreiung für Kohle, Gas und Öl zur Stromerzeugung und Besteuerung in Höhe eines CO₂- Preises von 40 Euro pro Tonne.
 - » Außerhalb des Emissionshandelsbereichs: durch Einführung einer CO₂-Komponente auf Heiz- und Kraftstoffe von 40 Euro bei gleichzeitiger Stromsteuerabschaffung und der Senkung der EEG-Umlage, die bei den Stromkunden ankommt.
- » Die Einführung einer Ressourcenabgabe, indem die bislang ausschließlich auf Verpackungen erhobenen Lizenzentgelte (zur Deckung der Entsorgungskosten) auf alle Produkte ausgeweitet und konsequent nach ökologischen Kriterien ausgestaltet werden.
- » Den Abbau aller umweltschädlichen Subventionen (wie für Diesel und Kerosin).

Energiewende ankurbeln

Ab 2030 soll der Strom in Deutschland zu 100 Prozent aus erneuerbaren Energien stammen. Parallel und im Einklang mit den Klimazielen muss die Kohleverstromung bis 2030 beendet werden.

Die nächsten Schritte dazu sind:

- » Den Kohleausstieg beschließen und umsetzen: 7 Gigawatt Kohlekraftwerksleistung müssen sofort vom Netz. Wir brauchen ein Verbot für die Errichtung neuer Kohlekraftwerke, eine Festlegung des weiteren Ausstiegspfads sowie von klaren CO₂-Minderungszielen und eine verbindliche Grundlage für den Stopp der Braunkohleförderung. Die Zukunft guter Arbeit in den Regionen ist uns wichtig, daher wollen wir die betroffenen Arbeiterinnen und Arbeiter und die betroffenen Braunkohleregionen wirksam unterstützen.
- » Erneuerbare Energien wieder stark machen. Das gelingt durch:
 - » Eine Abschaffung der Obergrenzen für den Ausbau von erneuerbaren Energien. Außerdem sollten Sonderausschreibungen dringend noch im Jahr 2018 eingeführt werden (1.500 Megawatt Windenergieleistung an Land und 800 Megawatt Solarstromleistung). Ab dem Jahr 2019 sollen die jährlichen Ausschreibungsmengen – auch über 2020 hinaus – auf 5.000 Megawatt Windenergieleistung an Land und 3.000 Megawatt Solarstromleistung angehoben werden.
 - » Eine Solaroffensive: Abschaffung der sog. Sonnensteuer sowie eine Reform des Umlage- und Abgabensystems.
 - » Die Weiterentwicklung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes, unter anderem durch Abschaffung des Ausschreibungszwangs.
 - » Die Förderung von Bürgerenergieprojekten und Abschaffung unnötiger finanzielle und bürokratische Hürden.

- » Die Energiewende wieder gerechter machen: Minimierung der milliardenschweren Strompreisrabatte für die Industrie. Dadurch werden Verbraucherinnen und Verbraucher, Handwerk und Mittelstand entlastet.
- » Beschluss eines Energiespargesetzes.

Wohnen bis 2040 klimaneutral machen

Das Potenzial von Treibhausgasreduktionen im Wärmesektor ist noch weitgehend ungenutzt. Das zu ändern gelingt durch:

- » Ambitionierte Einsparziele und konsequenten Einsatz erneuerbarer Energien. Eine Verdoppelung der Förderung mit einem 7-Milliarden-Euro Innovationsprogramm "Faire Wärme".
- » Sozial gerechte Ausgestaltung von energetischen Gebäudesanierungen, gerade auch für Mieterinnen und Mieter
- » Eine Vorreiterrolle der öffentlichen Hand, die ihren Gebäudebestand bereits bis 2035 klimaneutral machen soll.

Das Bauen bis 2050 klimaneutral machen

Der Bausektor selbst ist eine große Treibhausgasquelle und muss klimafreundlich werden.

Das gelingt durch:

- » Eine stringente Anwendung der Abfallhierarchie im Baubereich, d.h. Vorgaben zur Vermeidung, Wiederverwendung und zum Recycling von Baustoffen wie zum Beispiel die Einführung einer Quote für den Einsatz von Recyclingbeton im Hochbau.
- » Die Förderung des Holzbaus durch entsprechende Quoten.
- » Die Förderung von CO₂ armen Zement oder alternativer Bindemittel wie von Geopolymeren, durch deutlich stärkere Internalisierung externer Kosten für die konventionelle Zementindustrie und direkte Zuschüsse für CO₂ arme Pilotanlagen (Leuchtturmprojekte); Vorgabe zum Einsatz für öffentliche Bauten.
- » Die Einschränkung der Nutzung von Abfällen als billige Sekundärbrennstoffe durch höhere Recyclingquoten für Abfälle.
- » Den Ersatz von konventionellen Armierungsstählen durch CO₂ freie Alternativen wie zum Beispiel Textil- oder Carbonfasern (die in Form von Carbon- oder Textilbeton, unter anderem wegen geringerer Anforderungen an den Korrosionsschutz, bis zu 75 Prozent Beton sparen) durch Internalisierung externer Kosten für konventionelle Stahl- und Zementprodukte (siehe oben); Beschleunigung und Erleichterung der Zulassung; Vorgabe zum Einsatz für öffentliche Bauten.

VERKEHR



Verkehrswende einleiten

Im Verkehrsbereich sind die Emissionen zuletzt gestiegen. Die ökologische Verkehrswende gelingt indem wir auf Elektromobilität umsteigen, den Gütertransport klimaneutral gestalten und den ÖPNV ausbauen.

Mit folgenden Maßnahmen erreichen wir den Umstieg auf Elektromobilität

- » Ab 2030 Neuzulassungen nur noch für Autos mit emissionsfreien Motoren.
- » Auf Klimaschutzziele und den Durchbruch für die Elektromobilität ausgerichtete CO₂-Vorgaben für Neuwagen.
- » Kontraproduktiver Subventionen für Dieselkraftstoff beenden und klimafreundliche Dienstwagen und Diensträder fördern.
- » Strikte ökologische Ausrichtung der Kfz-Steuer und ein Bonus-Malus-System für Neuwagen.
- » Downsizing durch Einführung einer maximalen Höchstgeschwindigkeit auf Autobahnen (Trend zu immer schwereren und höher motorisierten Pkw stoppen und Verkehrssicherheit erhöhen).

- » Die Einführung einer weißen Plakette für emissionsfreie Autos und Transporter, die im Unterschied zu den Schadstoff emittierenden Autos in die Umweltzonen der Stadtkerne einfahren dürfen.

Klimaneutraler Transport: Bis 2050 sollen der gesamte Schwerlastverkehr, die Schifffahrt und die Flugzeuge schrittweise auf CO₂-neutrale Antriebe umgestellt werden.

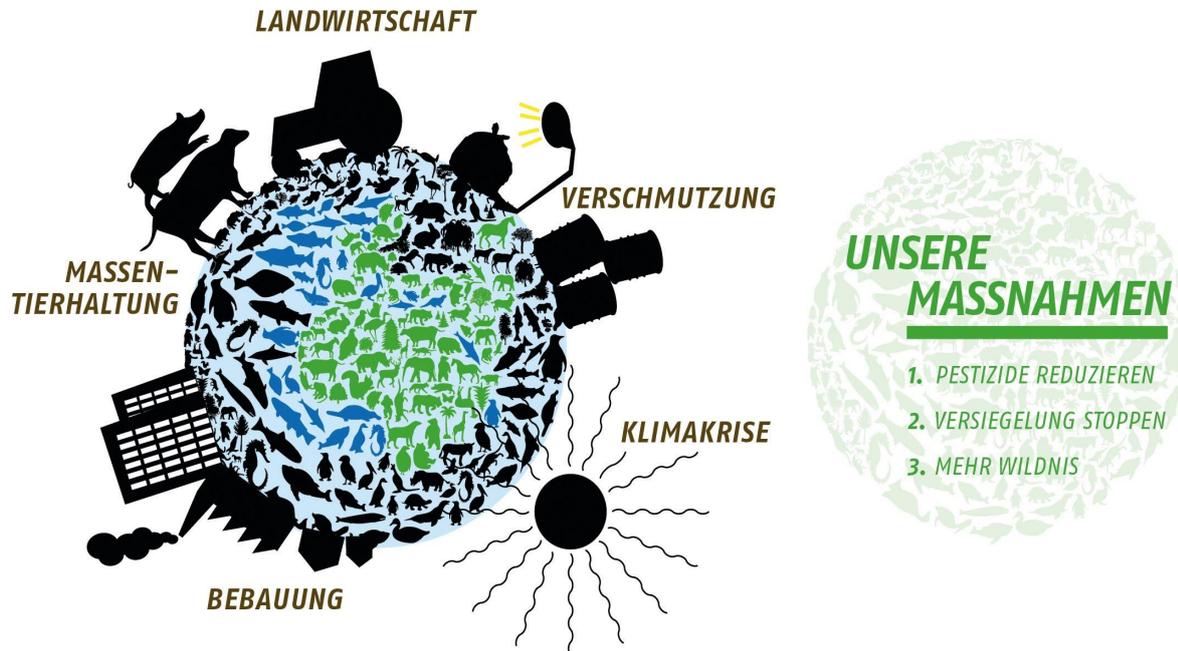
Das gelingt durch:

- » Die Ausweitung der Lkw-Maut auf das gesamte außerörtliche Straßennetz und Einbeziehung aller externen Kosten (Lärm, Schadstoffe, CO₂) in die Mautsätze.
- » Den Ausbau eines 740m-Netzes für lange Güterzüge und die dauerhafte Senkung der Trassenpreise.
- » Die Förderung des kombinierten Verkehrs.
- » Die Abschaffung der umwelt- und klimaschädlichen Subventionierung des Flugverkehrs durch Beendigung der Steuerbefreiung für Kerosin auf Inlandsflügen sowie volle Einbeziehung des Flugverkehrs mit allen nach und von Europa bedienten Strecken in den europäischen Emissionshandel (mit der Perspektive, innerdeutschen Luftverkehr komplett zu verlagern).
- » Die Förderung alternativer Antriebe und Kraftstoffe im Luftverkehr und in der Schifffahrt.

ÖPNV ausbauen: Im ÖPNV und im gesamten Umweltverbund (inkl. Bahn-, Rad- und Fußverkehr) wollen wir bis 2030 eine Verdoppelung der Fahrgastzahlen erreichen. Bis 2030 müssen alle Fahrzeuge im Öffentlichen Verkehr auf den Betrieb mit erneuerbaren Energien umgestellt werden. Die wichtigsten Maßnahmen dafür sind:

- » Schrittweises Ende für den Bundesfernstraßenneubau bis 2030 – Mittel für zügige Realisierung „Deutschland-Takt“ und Modernisierung Bahnnetzes sicherstellen.
- » Städtische Verkehrswende, Ausbau ÖPNV-Angebote und Radwege.
- » Bundesprogramm für Radschnellwege, neue Programme Fahrradparkhäuser und Lastenräder.
- » MobilPass für die bequeme Nutzung von Bussen, Bahnen und Carsharing.
- » Günstige Ticketpreise im Bahnverkehr durch Absenkung Trassenpreise für den Schienenpersonenverkehr.
- » Reform der Straßenverkehrsordnung mit dem Ziel, Kommunen mehr Gestaltungsmöglichkeiten zur Stärkung des Umweltverbundes und zur Verkehrsberuhigung zu geben.

BEDROHTE ARTENVIELFALT



Artensterben stoppen

Bis 2020 wollen wir den Artenrückgang stoppen bis 2025 sichtbare Verbesserungen der gefährdeten Bestände erreichen (messbar zum Beispiel durch Verbesserung des Erhaltungszustands von 80 Prozent der Vogelarten).

Das gelingt durch folgende Maßnahmen:

- » Umsetzung der Agrarwende: Umbau der Agrarförderung, Pestizid- und Stickstoffreduktionsstrategien, den Stopp des Grünlandumbruch und eine gezielte Förderung landschaftlicher Strukturelemente.
- » Ein Bund-Länder-Programm für eine bienen- und vogelfreundliche Landschaft mit Blühwiesen und Wildfruchthecken, Streuobstwiesen und Auen sowie Acker- und Gewässerrandstreifen.
- » Ein Bund-Länder-Programm, das bis spätestens 2030 (nachdem die Bundesregierung ihr Ziel 2020 krachend verfehlt hat) wesentliche Teile der heute intensiv genutzten Niedermoore extensiviert und nur noch Grünlandnutzung aufweist und wo möglich Moorstandorte renaturiert.
- » Ein Bund-Länder-Aktionsplan zum Schutz aller relevanten Flächen und zur Umsetzung der Schutzziele.
- » Einen Europäischen Naturschutzfonds von 15 Milliarden Euro jährlich.

Bis 2020 2 Prozent der Fläche Deutschlands zu Wildnisgebiete machen, durch:

- »» Einen Wildnisfonds in Höhe von 500 Mio Euro.
- »» Eine Bund-Länder-Initiative zu Einrichtung und Erhalt von Wildnisgebieten.

2050 sollen alle Forstflächen naturnah bewirtschaftet werden. Das gelingt durch:

- »» Vertragsnaturschutzprogramme im Wald.
- »» Eine an Biodiversitätszielen orientierte gute fachliche Praxis im Waldgesetz.
- »» Bis 2020 sind 5 Prozent der Wälder aus der Nutzung genommen, öffentliche Hand geht voran, Anreize für Privatwälder.

Meeresschutz umsetzen

Die bestandsbedrohende Überfischung der Meere wollen wir europaweit bis spätestens 2025 beenden, durch

- »» Fangquoten nach wissenschaftlichen Kriterien.
- »» Beendigung umweltschädlicher Fangmethoden (besonders die bodenberührenden Fischereitechniken).
- »» Nutzungsfreie Zonen in den Meeresschutzgebieten in der Nord- und Ostsee sowie auf Hoher See .

Der konsequente Schutz bedrohter Meeresgebiete muss spätestens ab 2025 gewährleistet sein, durch:

- »» Ambitionierte Managementpläne für die Schutzgebiete in Nord- und Ostsee.
- »» Ein Tiefseebergbaumoratorium bis zur Klärung wirksamer und verbindlicher Umweltverträglichkeitsprüfungen.
- »» Vermeidung von Plastik in Meeren und die Förderung von Abfischen bestehender Plastikverunreinigungen im Meer.

Agrarwende einleiten

Wir wollen die Landwirtschaft umbauen, sodass sie mit der Natur arbeitet und nicht gegen sie. Die Agrarförderung wollen wir dazu 2027 bis gemeinsam mit den Bäuerinnen und Bauern komplett umstellen. Öffentliche Gelder gibt es dann nur noch für Umwelt-, Natur-, Klima- und Tierschutzleistungen.

Das kann gelingen, wenn folgende Maßnahmen ergriffen werden:

- » Deutscher Druck auf die aktuellen Verhandlungen zur Gemeinsamen Agrarpolitik der EU (GAP) , dass GAP-Gelder in der Förderperiode nach 2020 ausschließlich an landwirtschaftliche Betriebe gehen, die in den Bereichen des Umwelt-, Natur, Klima- und Tierschutzes nachweislich gesellschaftliche Leistungen erbringen.
- » Entsprechendes nationales Ausschöpfen sämtlicher Spielräume des GAP-Systems und entsprechende Ausgestaltung der GAK-Maßnahmen (Gemeinschaftsaufgabe Agrarstruktur und Küstenschutz von Bund und Ländern).

Wir wollen die Massentierhaltung so schnell wie möglich abschaffen. Dieser Prozess soll bis 2035 abgeschlossen sein. Tiere werden dann tier- und umweltgerecht gehalten, das Futter stammt vorwiegend aus heimischen Quellen.

Der Ausstieg wird eingeleitet, durch:

- » Sofortige Verabschiedung eines Nationalen Tierschutzaktionsplans, der verbindliche Tierschutzmaßnahmen mit konkreten Umsetzungsfristen festlegt. Damit wird mehr Platz, Auslauf, Licht und Beschäftigung für die Tiere geschaffen. Amputationen und Qualzucht werden wirksam abgeschafft.
- » Einen Plan zur Umsetzung der Maßnahmen ordnungsrechtliche Vorgaben, Förder- und Anreizkomponenten sowie eine verpflichtende Tierhaltungskennzeichnung.
- » Bindung der Tierhaltung in Deutschland an die Fläche.

Bis 2022 soll der Pestizideinsatz um 40 Prozent reduziert werden. Die Anwendung besonders umweltschädlicher Stoffe wie Glyphosat u. Neonicotinoide wird sofort eingestellt.

Ermöglicht wird dies durch:

- » Ein Pestizidreduktionsprogramm mit klaren, quantitativen Reduktionszielen und zeitlichen Vorgaben. Zwischenziel ist es, den Pestizideinsatz bis 2022 um 40 Prozent zu senken.
- » Vorgaben zum Anteil von Flächen ohne Pestizideinträge, ordnungsrechtlichen Verbesserungen und zu Investitionen in die Forschung zu nicht-chemischen Pflanzenschutzmethoden und robusten bzw. resistenten Sorten. Beratungs- und Fördermaßnahmen für Bäuerinnen und Bauern sowie die Einführung einer Pestizidabgabe.
- » Die Beendigung des Einsatzes besonders gefährlicher Mittel. In Natur- und Trinkwasserschutzgebieten, Gewässerrandstreifen, ökologisch sensiblen Bereichen und deren Pufferflächen, Vogelschutz- und FFH-Gebieten und auf artenreichem Grünland werden ab 2020 Pestizide verboten.

Bis 2025 soll der Anteil von Biolebensmitteln auf 20 Prozent erhöht und der Anteil an regionalen Lebensmitteln, gentechnikfreien Lebensmitteln und fairer Produkte deutlich erhöht werden.

Dies gelingt durch:

- » Gezielte Fördermaßnahmen und der Abbau umweltschädlicher Subventionen im Rahmen der Agrarförderung (siehe oben) sowie eine transparente Kennzeichnung von Produkten und Produktionsweisen verbessern die Stellung dieser Produkte auf dem Markt.
- » Gesundes, Bio und regionales Essen als Standard in öffentlichen Kantinen bis 2025.

Die Lebensmittelverschwendung wollen wir bis 2030 mindestens halbieren.

Maßnahmen dazu:

- » Förderung von Qualitätsproduktion statt weiterhin auf Massen-Verschwendung hin zu produzieren.
- » Förderung regionaler Lebensmittelproduktion und Vermarktungsstrukturen.
- » Verbindliche Reduktionsziele für Lebensmittelproduktion und Handel, um Lebensmittelverschwendung zu bekämpfen. Große Supermärkte sollen nicht verkaufte, aber noch gute Lebensmittel kostenlos zur Verfügung stellen.
- » Abschaffung überflüssiger Handels- und Qualitätsnormen (zum Beispiel für „zu kleine“ Äpfel).
- » Ernährungsbildung an Schulen und Kitas, um Wertschätzung für Lebensmittel zu vermitteln.
- » Keine Bestrafung von Menschen, die Lebensmittel aus dem Müll retten.

ABFALL



UNSERE MASSNAHMEN



1. ALLE VERPACKUNGEN UND PLASTIK KREISLAUFFÄHIG GESTALTEN
2. VERMEIDUNG, LANGLEBIGKEIT, WIEDERVERWENDUNG
3. MIKROPLASTIKSTRATEGIE

Umweltpolitik oben auf die Agenda setzen

Wir wollen die Plastikflut eindämmen und die Kreislaufwirtschaft stärken. Ziel ist, ab 2030 alle Verpackungen und sonstige Kunststoffprodukte vollständig im Kreislauf zu führen. Bis 2050 kann so eine echte Kreislaufwirtschaft erreicht werden, die auf Vermeidung, Langlebigkeit und Wiederverwendung setzt bzw. alle Stoffe im Kreislauf führt. Eine Mikroplastikstrategie soll bewirken, dass bis 2030 der Eintrag von Mikroplastik in die Umwelt halbiert wird.

Folgende Maßnahmen schützen Umwelt und Ressourcen:

- » Steigerung der Mehrwegquote bei Kunststoffgetränkeverpackungen letztlich auf 100 Prozent. Bei Nichterreichung werden Sanktionen verhängt.
- » Schnelle Umsetzung der von der EU-Kommission vorgeschlagenen Plastiksteuer als erster Schritt zur Einführung einer Ressourcenabgabe.
- » Eine konsequente Abfallvermeidungs- und Wiederverwendungsstrategie; Ausweitung der Produktverantwortung der Hersteller.
- » Die Erforschung und Entwicklung innovativer Materialien, die sich in der Natur vollständig abbauen.
- » Eine Filtervorschrift bei Waschmaschinen, um die Freisetzung von Mikroplastik in die Umwelt aus der Wäsche zu beenden. Das Ausbringen von Klärschlamm auf die Felder wollen wir beenden und den Einsatz und Anfall von Mikroplastik durch ordnungsrechtliche und marktlenkende Maßnahmen konsequent nach und nach auf das Unvermeidbare reduzieren (Verbot von Beimischung in Kosmetika, Reifen mit weniger Abrieb etc.).

Sauberes Wasser: Bis 2027 kann ein guter ökologischer und chemischer Zustand unserer Gewässer erreicht werden.

Notwendige Maßnahmen:

- » Stopp der Nitrateinträge. Dazu muss die Düngegesetzgebung angepasst werden um künftig nur noch zielgerichtete Düngung zu erlauben, die von den Pflanzen auch aufgenommen wird.
- » Einen Nationaler Stickstoffreduktionsplan mit anspruchsvollen und verbindlichen nationalen Stickstoffreduktionsziele für 2030 und 2050. Der Gesamteintrag von Stickstoffverbindungen in Wasser, Boden und Luft sollte mittelfristig mindestens auf die Hälfte reduziert werden. Die Ziele für die Landwirtschaft müssen sich daran orientieren, dass die festgelegten Qualitätsziele für Wasser, Luft, Boden und die biologische Vielfalt eingehalten werden können.
- » Ein Programm zur deutlichen Reduktion von Antibiotika- und Arzneimitteleintrag.
- » Deutliche Reduktionen der Stickoxidemissionen aus Verbrennungsprozessen sowohl im Verkehr, bei der Energie- bzw. Wärmegewinnung als auch bei der Schifffahrt, zum Beispiel über Absenkung der Grenzwerte an die unteren Bandbreiten der EU-Vorgaben.
- » Vorrang für ökologischen Hochwasserschutz, Kombination mit einem bundesweiten Auenprogramm.

Ab 2035 soll keine zusätzliche Fläche mehr versiegelt werden. Das heißt für jede neu genutzte Fläche wird eine andere als der Nutzung genommen.

Dies lässt sich durch folgende Maßnahmen erreichen:

- » Stärkung der Innenentwicklung von Städten und Gemeinden: behutsame Nachverdichtung durch Dachausbauten finanziell fördern. Investitionszulage für „Innenentwicklung im Bestand“ (statt preistreibender Sonderabschreibung). Dachaufstockung erleichtern und Wohnraum über Supermärkten schaffen.
- » Schaffung rechtlicher und struktureller Rahmenbedingungen für die Kommunen, Baupotenziale in den Ortskernen zu erschließen, anstatt Bauland auf der grünen Wiese zu entwickeln.
- » Bessere Nahversorgung mit Läden, Ärzten und Schulen, Nachbarschaftsorten und BürgerInnenhäusern, für attraktive und lebendige Ortskerne.
- » Prüfung ökonomischer Instrumente wie den Handel mit Flächenzertifikaten im großen Maßstab.
- » Abschaffung des erleichterten Bauens im Außenbereich der Gemeinden (Paragraf 13b Baugesetzbuch).

2030 soll die öffentliche Hand ausschließlich umwelt- und klimafreundliche Produkte und Dienstleistungen beschaffen. Dies erreichen wir durch eine

- » Änderung des Vergaberechts.

Ist das nicht zu ambitioniert? Oder gar zu radikal? Muten wir unserer Gesellschaft, unsere Wirtschaft nicht zu viel zu? Nein, das ist genau das, was realistischerweise unbedingt nötig ist, um in Zukunft eine lebenswerte Welt, ein nachhaltiges Wirtschaften und gute Arbeit für alle sicherzustellen. Die Wirklichkeit macht schnelles, umfassendes und entschlossenes Handeln immer alternativloser. Und es ist auch das zugleich gesamtgesellschaftlich, sozial und ökonomisch mit Abstand Vernünftigste. Denn wenn wir nicht heute entschlossen handeln, kommt uns das morgen in jeder Hinsicht sehr sehr teuer zu stehen.